

Die einsetzende Stagnation im ungarisch-französischen Verhältnis wurde dadurch verursacht, daß die emigrierten Ungarn zwar in außenpolitischer Hinsicht in Opposition zu ihrem Staat standen, aber in bezug auf ihre Nationalitätenprobleme kaum. Hatte man anfänglich an ein Herausbrechen der Ungarn aus dem k. u. k. Staatsverband gehofft, so zementierte sich allmählich die Meinung, daß die »germanophilen« Ungarn die größten Kriegstreiber der Monarchie seien. In der Verbindung Berlin — Budapest schien man die eigentliche Achse der Mittelmächte gefunden zu haben. Der ungarischen Opposition billigte man keinerlei Einflußmöglichkeiten auf die Entscheidungen der ungarischen herrschenden Magnatenschicht zu. So schnitten die Ungarn von allen Nationalitäten der Habsburger Monarchie in Politik und öffentlicher Meinung Frankreichs am schlechtesten ab, besonders aufgrund ihrer Nationalitätenpolitik.

Hatte ursprünglich die polnische Frage im Vordergrund gestanden, drängten kriegswichtige Entscheidungen diese bald wieder in den Hintergrund. So schwanden erst durch die veränderte Kriegslage nach der Oktoberrevolution die letzten Bedenken der Entente gegenüber einem polnischen Staat.

Da der Grad ihrer Homogenität sehr niedrig bewertet wurde, erschienen die Südslawen in der öffentlichen Meinung Frankreichs am wenigsten geeignet für eine Konföderation.

Treffend bemerkt die Autorin zum Schluß »Als sich die Habsburgermonarchie in ihre Nachfolgestaaten auflöste, entstand in Frankreich eine starke Strömung, die dieses Geschehen bedauerte und damit halb bewußt, halb unbewußt Skepsis gegenüber dem Gedanken einer glücklicheren Zukunft für Europa zum Ausdruck brachte« (S. 161).

Die Verfasserin dieser ausgezeichneten Fleißarbeit hat es vortrefflich verstanden, die Unsicherheiten der französischen Politik gegenüber dem Phänomen Österreich-Ungarn darzustellen und auch Beispiele nicht auszulassen, die einer gewissen Komik nicht entbehren (So, wenn die ultrachauvinistische Action française einen erbitterten Kampf gegen das Suppenwürzmittel »Maggi« führt, weil seine Produzenten verdächtigt sind, mit österreichischen Kapitalanteilen zu arbeiten). Gleichzeitig wurden die Wechselbeziehungen zwischen dem Machtfaktor öffentlicher Meinung und der französischen Außenpolitik an vielen prägnanten Beispielen aufgezeigt.

Bernd Behning

Zwiesel

ZWISCHENKRIEGSZEIT

Nagy, Zsuzsa L.: *The Liberal Opposition in Hungary 1919—1945*. Budapest: Akad. Kiadó 1983. 143 S. = *Studia Historica* 185.

Das für den internationalen Bedarf konzipierte Werk tritt im Vorwort mit dem Anspruch an, die politische Position der linken, mittelständischen Opposition Ungarns in den Jahren 1919 bis 1945 offenzulegen sowie auch die zwei verschiedenen Inhalte des Begriffes »bürgerliche Mittelschicht« zu klären.

Zu diesem Zwecke gliedert die Verfasserin ihre Arbeit erstens in eine Übersicht über Parteien, Organisationen und liberale Grundsätze mittels

Gliederung in vier Kapitel: im zweiten Abschnitt erläutert sie in sieben Kapiteln die Partizipation der Liberalen am politischen Leben.

Recht übersichtlich gelingt die Darstellung der verschiedenen Parteien und ihrer programmatischen Ziele sowie die Schilderung der verschiedenen zeitlich begrenzten Parteienbündnisse, der Fluktuation der Wählerschichten sowie der Modifikation des Wählerverhaltens. Gut ist auch die Schilderung der großen Bedeutung der sozio-ökonomischen Zusammensetzung des Wählerpotentials, des Einflusses im kulturellen Leben, der exorbitanten Stellung der Emigration (Jászi, Károlyi). Man erfährt hierbei, weshalb die liberalen Politiker verschiedenster couleur die Notwendigkeit und den Vorteil einer geeinten liberalen Oppositionspartei nicht erkennen wollten oder konnten und auf welche Art und Weise die liberale Oppositionspolitik aus Furcht vor weiteren Revolutionen bis ins Jahr 1924 die Systemkonsolidierung mit zum Ziel hatte.

Aufschlußreiche Angaben findet man im Zusammenhang mit den Parteiorganisationen und deren sozialen Verbindungen; beeindruckend ist die Darstellung klassisch-liberaler Organisationsstrukturen. Nützlich auch der Hinweis auf die verschiedenen Vereinigungen und Organisationen, die zwar keine politischen Tätigkeiten ausübten, den Liberalen aber strukturimmanent nahe standen. Die Auflistung der verschiedenen Berufs- und Interessenverbände liberaler Prägung vermittelt ein genaues Bild über die Zusammensetzung der liberalen Wählerschaft; sie wird ergänzt durch die Offenlegung der liberalen Kontakte zum Freimaurertum. Besonders hervorgehoben wird die Bedeutung der großen Verlagshäuser, der Zeitschriften und der literarischen Zirkel in Hinblick auf die lediglich pseudokonstitutionelle Sicherung der Pressefreiheit und der Konzentration oppositioneller Intellektueller, die insbesondere in den Kriegsjahren an Bedeutung gewann (Kaffeehausopposition).

In der Frage der Verbündeten und der politischen Bündnisse ist die liberale Prämisse stets die Garantierung der Sicherheit der bürgerlichen Gesellschaft und des parlamentarischen Systems gegen extreme Kräfte von welcher Seite auch immer. Dieser zum Teil doktrinär verteidigte Grundsatz schränkt die Konzessionsbereitschaft in Richtung Sozialdemokratie wie auch in Richtung der liberalkonservativen Kräfte ein: eine Annäherung geschieht stets nur aus politischem Zugzwang, als Zweckbündnis, und dies ist mit ein entscheidender Grund für die schillernde innenpolitische Koalitionslandschaft, die allerdings spätestens nach der nationalsozialistischen Machtübernahme in Deutschland durch starken äußeren Druck eine bedeutende Veränderung erfährt.

Inhaltlich betonen die liberalen Parteien die Notwendigkeit der bürgerlichen Gesellschaftsumwandlung sowie der bürgerlichen Demokratie im Gegensatz zur restaurierten konservativ-feudalen Sozialhierarchie; gleichzeitig stufen sie faschistischen Totalitarismus und Diktatur des Proletariates auf theoretischer Ebene als gleich ein. Ihre Voraussetzung für die Revision der Grenzen von Trianon ist die Liberalisierung der ungarischen Innenpolitik, die Pflege gutnachbarlicher Beziehungen zu den Ländern der Kleinen Entente sowie stabile, geordnete Beziehungen zu allen Großmächten.

Wirtschaftspolitisch vertreten sie alle liberalen Grundsätze, insbesondere betonen sie die wirtschaftliche und politische Schädlichkeit staatlicher Interventionen — daraus ergibt sich in den dreißiger Jahren ein starker Gegensatz zur Sozialdemokratie —, fordern aber gleichzeitig stets wirtschafts- und fiskalpolitische Maßnahmen zur Förderung von Handel, Gewerbe und Kleinindustrie und zur Eindämmung von Großkapital, Trusts und Großgrundbesitz.

Im Laufe der Schilderung der politischen Ereignisse ist die Beendigung einer intensiven Phase der inneren und äußeren Oppositionspolitik mit der

Erkenntnis der längerfristigen Systemstabilisierung im Jahre 1924 wohl von signifikanter Bedeutung, die Hoffnungslosigkeit eines liberalen Kurswechsels wird realpolitisch manifest. Diese Krise wird mit hervorgerufen durch das Desinteresse und Unverständnis der westeuropäischen Schwesterparteien, sowie durch ihre Unterstützung der Regierung Bethlen zum Zwecke der Stabilisierung des Pariser Friedensvertragssystems. Teile der Liberalen erkennen in der Folge die Schwäche der Mittelklasse-Linksparteien sowie der Sozialdemokraten, modifizieren ihre politische Strategie und versuchen die Einflußnahme auf die Regierung über gemäßigte konservative Gruppierungen.

Einzigartig ist bis dahin in der Geschichte des ungarischen Parlamentarismus der Boykott des Parlamentes durch dreißig liberale Abgeordnete im November 1924 für ein halbes Jahr.

Nach der strukturbedingten Schwächung der Liberalen im Jahre 1925 erkennen wir das Interesse Bethlens an ihrer Stärkung, insbesondere in den Jahren der Weltwirtschaftskrise, zum Zwecke des Ausgleichs der stetig erstarkenden Rechtsopposition. Die Liberalen ihrerseits kämpfen mit der Problematik, daß sie zu diesem Zeitpunkt wohl die Notwendigkeit diktatorischer Wirtschaftspolitik, nicht aber diktatorischer Politik im allgemeinen anerkennen. Jászi kritisiert den amerikanischen »New Deal« als eine »amerikanische Variante des Bolschewismus«, Károlyi ist der Ansicht, die »bürgerliche Demokratie sei zur Regeneration nicht imstande«, und lediglich Rassay sieht in der Konsolidierung der mittelständischen Gesellschaft und in der Förderung des bürgerlichen Parlamentarismus den wirksamsten Schutz des Konstitutionalismus. Aber auch für ihn tritt mit der Premierministerschaft von Gyula Gömbös die endgültige Desavouierung der stets gehegten Liberalisierungshoffnungen ein. Nach 1933 kommt es zu völlig veränderten politischen Problemstellungen.

Die Hoffnung auf die klassischen konstitutionellen Staaten Westeuropas trübt vorübergehend den politischen Instinkt der Liberalen, alle ihre Revisions- oder Restaurationspläne zur Vereitelung des verhängnisvollen österreichischen »Anschlusses« scheitern an den machtpolitischen Fakten.

Spät, erst im Jahre 1938, wird ein liberales Postulat veröffentlicht, wonach politische Freiheit nur jenen gewährt werden kann, die Recht und Gleichheit vor dem Gesetz zu schätzen wissen, nach Ansicht der Verfasserin jedoch werden die Liberalen erst mit den Wahlbestimmungen des Jahres 1939 gewahrt, daß die klassische liberale Forderung des allgemeinen Stimm- und Wahlrechts die menschlichen und bürgerlichen Freiheiten nur ungenügend schützt.

Der Hitler-Stalin-Pakt bestätigt die liberale Überzeugung der Wesensgleichheit von Nationalsozialismus und Proletardiktatur. In der Folge ist die Verhinderung des Kriegseintrittes Ungarns, später der Abschluß eines Waffenstillstandsabkommens mit den anglo-amerikanischen Alliierten das Hauptanliegen liberaler ungarischer Außenpolitik.

Mit der physischen Vernichtung eines bedeutenden Teils der geistigen Elite des ungarischen Liberalismus nach der Machtübernahme der Pfeilkreuzler, und mit den innen- sowie außenpolitischen Gegebenheiten und Entwicklungen Ungarns nach 1945 findet die Geschichte des binnenländischen ungarischen Liberalismus sein Ende.

Die Verfasserin hat mit großer Sorgfalt eine — leider — beschränkte Auswahl ungarischer Literatur und Quellen, vor allem die zeitgenössische Presse, zu Wort kommen lassen. Dieser lobenswerten Anstrengung zum Trotz bleibt es unverständlich, wieso nicht auch aus dem reichlich vorhandenen ausländischen Quellen- und Literaturbestand geschöpft wurde. Teilweise als Folge der Übersetzung, aber in erster Linie der wohl nicht allzu glücklich gewählten

strukturellen Konzeption des Werkes bleiben viele wichtige Vorgänge und Zusammenhänge unklar, geschehen zu viele inhaltliche Wiederholungen. Dem Anspruch auf Offenlegung der verschiedenen liberalen Konzeptionen wird allerdings genüge getan. Zur Gänze mangelhaft ist der wissenschaftliche Apparat; das sorgsam zusammengetragene zeitgenössische Quellenmaterial sowie die nicht allzu zahlreichen Hinweise auf die doch recht interessante Literatur hätten in einer so renommierten Reihe ein Literatur- und Sachregister wahrlich verdient.

Áron Papp

München

Tóth, Pál Péter: *Metszéspontok. A Turultól a Márciusi Frontig* [Schnittpunkte. Vom Turul bis zur März-Front]. Budapest: Akad. Kiadó 1983. 257 S.

Im weiten Spektrum der ungarischen Jugendorganisationen der zwanziger und dreißiger Jahre spielte der Turul-Verband eine besondere Rolle. Der nach dem mythologischen, dem Stamme Árpád zugeschriebenen Totemtier, dem Raubvogel Turul, benannte Verein war der größte Studentenverband, dessen Gruppen sich an allen Universitäten und Hochschulen betätigten. Turul war nach dem Muster der deutschen Burschenschaften gegliedert und übernahm auch deren Sitzungsrituale. Die jeweiligen ungarischen Regierungen waren dem Turul-Verband wohlgesonnen. Er galt als studentische Stütze des in Ungarn herrschenden politischen Systems. Nationalismus, Irredenta, Autoritätsprinzip, Antisemitismus waren diesem Kreis nicht fremd, es gab aber auch einige sichtbare Zeichen des aufrichtigen Interesses für soziale Fragen, besonders für die Lage und das Schicksal des ungarischen Bauerntums.

Seit Mitte der dreißiger Jahre geriet ein Teil der Mitglieder unter den Einfluß der populistischen Schriftsteller, und daher war es verständlich, daß viele von ihnen mit der im Frühjahr 1937 gegründete März-Front sympathisierten. Die März-Front war die erste und vielleicht bedeutendste politische Aktion der Populisten. Vor allem in Debrecen schlossen sich viele Studenten, ja sogar hohe Funktionäre des Turul-Verbandes, der März-Front an. Zur selben Zeit aber begann sich auch die illegale Kommunistische Partei für die sich radikalisierte Jugend zu interessieren und in Debrecen gelang es ihr eine kleine, aber aktive Gruppe zu gewinnen, die bemüht war, den Populismus und den Marxismus unter denselben Nenner zu bringen.

Das Buch *Metszéspontok* von Pál Péter Tóth ist eine Darstellung der Tätigkeit dieser Debrecener Gruppe von Turul und der März-Front. Der Verf. beschreibt das studentische Leben in dieser ostungarischen Stadt, beginnend mit den Aktivitäten in den frühen zwanziger Jahren und endend mit der Geschichte der Zeitschrift *Tovább*, die das Organ der Debrecener März-Front war und nach zwei Nummern, im Herbst 1938, ihr Erscheinen einstellen mußte.

Tóth baute seine Arbeit auf ein umfangreiches Quellenmaterial auf. Er schrieb ein leicht lesbares Buch, das nicht nur die Debrecener Studentenszene, sondern auch das damalige allgemeine politische Klima veranschaulicht. Man könnte höchstens eine gelinde Voreingenommenheit zugunsten der Kommunisten feststellen, indem der Verf. die Rolle dieser illegalen Partei merklich überschätzt und die Radikalisierung der Jugend zum großen Teil dem kommu-

nistischen Einfluß zuschreibt. Eine genauere und objektivere Analyse würde dagegen zeigen, daß vor allem die zunehmenden Widersprüche des gesellschaftlichen Systems, das ständig wachsende allgemeine Interesse für soziale Fragen und die sich für Volk und Nation engagierende Literatur den politischen Umschwung unter den Studenten verursacht haben. Es sei aber zugegeben, daß sich die Kommunisten als geschickte Organisatoren erwiesen und es verstanden haben, spektakuläre Aktivitäten zu entfalten.

Die Studie wird durch wertvolle Anlagen und Tabellen ergänzt, der Rezensent vermißt jedoch ein Namensregister, das die Orientierung erleichtern würde.

Gyula Borbándi

München

A püsköpöki kar tanácskozásai: A magyar katolikus püskökök konferenciáinak jegyzőkönyveiből, 1919—1944 [Die Beratungen der Bischofskonferenz. Aus den Protokollen der Konferenzen der ungarischen katholischen Bischöfe]. [Szerk., és val., a bev. tanulmányt és a jegyzeteket írta, a függelékát összeáll. G e r g e l y J e n ő]. Budapest: Gondolat 1984. 392 S.

Das vorgelegte Buch gehört aufgrund seines wichtigen Inhalts zu den bedeutendsten Publikationen aus dem Bereich der Kirchengeschichte Ungarns in den letzten Dezennien. Denn es wird auch dem Nichtfachmann schon auf den ersten Blick klar, daß die sehr ausführlich und minutiös erstellten Protokolle der ungarischen Bischofskonferenzen zwischen beiden Weltkriegen nicht nur die innerkirchlichen Verhältnisse dieser Zeit, die Sorgen und Pläne der Bischöfe, die Beweggründe ihrer Entscheidungen betreffen, sondern ebenso auch die Pläne und Maßnahmen der Regierungen, die kulturellen, politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Vorgänge des Landes widerspiegeln. Dieses Dokumentenbuch ist großzügig ausgestattet.

Das einleitende Kapitel befaßt sich in sechs Abschnitten mit der Organisation der Römischen Kurie und ihren Verbindungen zu Ungarn, mit der ungarischen Hierarchie und der Arbeit der dortigen Kirchenverwaltung — wobei auch die neue, nach 1919 entstandene Struktur der Kirche anhand von Statistiken erhellt wird — ferner mit dem Verhältnis von Staat und Kirche, den Vereinen, der Presse und dem Schulwesen der Kirche (hier ebenfalls detaillierte Aufzählung), den kirchlichen Finanzen (z. B. Einkünfte der Bistümer, Domkapitel, Orden usw. mit umfangreichen Statistiken) und schließlich mit dem Anteil des Klerus am politischen Leben des Landes.

Bereits in diesem ersten Kapitel wird ein differenziertes Kirchenbild sichtbar. Der Verf. kommt an mehreren Stellen zu einer Revision der bisherigen marxistischen, einseitigen Darstellungen, z. B. wenn er behauptet: »Die neue marxistische Historiographie und Wirtschaftsgeschichte beurteilt den Charakter der kirchlichen Vermögen, ihre Natur und ihre Funktion nunmehr differenzierter. Denn sie dienen... teils persönlichen, teils korporativen Zwecken, sie sind aber konkret an keine gesellschaftliche Schicht zu binden« (S. 29) und »Die laufende Unterstützung der ausgesprochen religiös-kirchlichen Vereine, Institute und Organisationen, die Aufrechterhaltung der permanent mit Defizit laborierenden katholischen Presse waren eine fortwährende Belastung des kirchlichen Besitzes« (S. 30). Auch wird im Gegensatz zu dem offiziellen Biographischen Lexikon (Bd. 2, Budapest 1969, S. 620) der Kardinalprimas Jusztinián Serédi (1927—1945) als »exzellenter Kanonist« (S. 6) und

einer, der an der Vereidigung des ungarischen »Nationsführers« Ferenc Szá-lasi am 4. November 1944 *nicht* teilnahm, bezeichnet (S. 57). Der Verf. steht natürlich auf der Grundlage der marxistischen Geschichtswissenschaft und zieht vor allem entsprechende Veröffentlichungen heran (an erster Stelle das Buch Andor Csizmadias über die Beziehungen von Staat und Kirche), kennt aber und verwertet auch kirchliche und sogar westliche Forschungsergebnisse, so z. B. Werke von Rosdy, Salacz und Adriányi.

Das zweite Kapitel leitet die Protokolle ein. Es befaßt sich mit den zweimal im Jahr — zu Frühling und zu Herbst — abgehaltenen Bischofskonferenzen, mit ihrer Organisation und Durchführung, ihren Quellen im Primatialarchiv und schließlich teilt der Herausgeber seine Gesichtspunkte bezüglich der Auswahl der Auslassungen mit. Denn Gergely legt zwar alle Protokolle der zwischen 1919 und 1944 stattgefundenen 51 Bischofskonferenzen vor, aber von den insgesamt 716 großformatigen gedruckten Seiten des Originals (die Bischöfe erhielten die Protokolle abgedruckt) werden hier nur ein Drittel — 246 Seiten in Kleinformat — veröffentlicht. Als Marxist betrachtet Gergely vor allem die äußere Rolle der Kirche, ihren Einfluß auf Staat und Gesellschaft und so verwundert es nicht, daß gerade die internen kirchlichen Angelegenheiten, wie liturgische, kirchenrechtliche, organisatorische, ja sogar teils schulpolitische und die kirchlichen Vereine betreffende Fragen ausgelassen werden.

Die Protokolle sind mit einigen Anmerkungen versehen, die entweder die Quellenlage oder den historischen Vorgang und Hintergrund aufhellen. Diesem wichtigsten Teil der Publikation werden aber noch außerordentlich wertvolle Dokumente hinzugefügt. So fünf Hirtenbriefe (in der erwähnten Zeitspanne waren insgesamt nur 14 verfaßt!), verschiedene Tabellen und Verzeichnisse, z. B. über die Nuntien, die Bischöfe, die Kultusminister etc., Listen über die religiösen Orden sowie ausführliche Statistiken über die kirchlichen Vermögensverhältnisse. Hinzu kommen noch eine Bibliographie, die Erklärung der kirchlichen, oft lateinischen Begriffe und Fachausdrücke, ferner ein Verzeichnis der zahlreichen Abkürzungen und zwei Landkarten.

Auch bei diesem Teil ist der Mut des Herausgebers offenbar: der Abdruck des Hirtenbriefes nach dem Sturz der Räterepublik (1919), in der die Bischöfe mit dem roten Terror wahrhaft abrechnen und für die Zukunft Ungarns auf den Weg des christlichen Kurses zeigen, ist alles andere als die heute obligate Lobhudelei auf die damalige Diktatur des Proletariates. Man liest ja Sätze wie: »Vor allem sollen unsere sozialistischen Brüder verstehen, daß wir, da wir das Christentum, die Religion und die Kirche verteidigen, nicht die politischen und wirtschaftlichen Privilegien, nicht das Interesse der herrschenden Klassen schützen wollen. Sondern es handelt sich dabei um den christlichen Glauben, die Religion, die Religionsfreiheit, die von neuen Irrtümern, vom historischen Materialismus und von sozialistischen Übertreibern angegriffen werden... [Die Kommunisten] verbrieften uns die Religionsfreiheit auf dem Papier, aber sie gingen sofort darauf los, die Religionskunde vom Unterricht auszuschließen... War dies vielleicht der Kampf der Arbeiter um Brot, mehr Gerechtigkeit — oder aber vielmehr der brutalste Haß gegen die Religion und Verfolgung der Kirche? Ist es notwendig, die Religion zu unterdrücken, den Priester und den Ordensmann zu verfolgen, den Religionsunterricht zu eliminieren, um den sozialen Fortschritt zu ermöglichen? Würden etwa Jesus Christus und seine Gnade die Rechte und die Organisationen der Arbeiter beschneiden?« (S. 321—322).

Aber diese zweifellos sehr bedeutende Publikation wirft viele offene Fragen auf, zuerst die der Autorisation. — Da in keinem Bistumsarchiv

Ungarns den Forschern Kopiergeräte zur Verfügung stehen und da der Autor selbst in keinem der Archive längere Zeit arbeitete, liegt auf der Hand, daß Gergely auf eine andere Weise als durch persönliche Abschrift in den Besitz der Dokumente gelangte. Um eine Genehmigung zur Veröffentlichung suchte er bei keiner kirchlichen Behörde nach, schon gar nicht beim Primas von Ungarn. Dort im Primatialarchiv forschte er wenige Stunden. Seine Veröffentlichung löste daher verständlicherweise beim Episkopat peinliche Überraschung, ja Verärgerung aus. Es konnte aber nur so viel erreicht werden, daß eine schon vorbereitete Rezension in der katholischen Presse unterblieb.

Andere merkwürdige Umstände fallen ebenfalls auf. 1982 veröffentlichte Gergely eine Papstgeschichte. Da stellte er sich als marxistischer Außenseiter, ein nicht interner Kenner der katholischen Theologie, des Kirchenrechtes, der Kirchenverwaltung und der Kirchengeschichte vor. Nun aber verrät hier der Verf., um nur ein einziges Beispiel zu nennen, bei den Quellen der Protokolle, ihrer Ablage im Primatialarchiv (S. 64—67) — das er nur ein paar Stunden benutzt hat! — derart präzise, detaillierte und intime Kenntnisse, aber auch sonst so profunde Erfahrungen im kirchlichen Verwaltungsrecht, daß die Frage auftaucht: woher nimmt der Autor plötzlich diese Fachkunde? Die Antwort darauf geben kirchliche Kreise in Budapest: die ganze Erudition des Buches sei ein Werk des Graner Priesters und früheren Archivars des Primatialarchivs, Pál Rosdy.

In der Tat, man braucht kein Universitätsprofessor zu sein, um zu beurteilen, wer ein derartiges wie das vorliegende Buch hat schreiben können. Ein junger marxistischer und in dieser Weltanschauung aufgewachsener Historiker wie Jenő Gergely auf jeden Fall nicht.

Gabriel Adriányi

Bonn

Zsidókérdés, asszimiláció, antiszemitizmus. Tanulmányok a zsidókérdésről a huszadik századi Magyarországon [Judenfrage, Assimilation, Antisemitismus. Studien zur Judenfrage im Ungarn des 20. Jahrhunderts]. Sajtó alá rend. H a n á k P e t e r. Budapest: Gondolat 1984. 379 S.

In den ungarischen Bibliographien des vergangenen Jahres werden unter dem Stichwort »Juden«, im Gegensatz zu vorangehenden Jahren, eine ganze Reihe von Studien und Artikeln verzeichnet. Es handelt sich hierbei um mehr als einen Aufschwung anlässlich des Jubiläums der Beendigung des Zweiten Weltkrieges. Über das Problem Juden wurde im Nachkriegsungarn außer Erinnerungsliteratur kaum veröffentlicht, obwohl in den Konzentrationslagern über eine halbe Million ungarische Juden umgekommen ist. Heute leben in Ungarn die meisten Juden Europas. Die Ursachen für das jahrzehntelange Schweigen sind vielfältig und sie sind hier nicht unser Thema.

Vielmehr soll über diesen Sammelband die Rede sein, der im April 1984 einen Durchbruch geleistet hat, der »das Problem der ungarischen Juden aus der Welt der Tabus befreit hat« — so der Verf. des Vorwortes, der frühere Kultusminister Imre Pozsgay. Der Titel *Judenfrage, Assimilation, Antisemitismus* ist keine beliebige Aufzählung der im Band behandelten Themen, die Reihenfolge bezeichnet zugleich die Priorität: Im Vordergrund stehen die Fragen, Ursachen, Erscheinungsformen der Judenproblematik, auf den Themenkomplex der Assimilation wird auch eingegangen, der Antisemitismus jedoch wird außer bei Bibó nur zaghaft angesprochen. Was dieser Band beab-

sichtigt, verrät der Untertitel: Studien zur Judenfrage im Ungarn des zwanzigsten Jahrhunderts. Die chronologische Reihenfolge der Studien widerspiegelt auch eine methodische Entwicklung im wissenschaftlichen Umgang mit der Problematik.

Als Einführung steht die Umfrage der Zeitschrift »Huszadik Század« aus dem Jahre 1917 — eine Bestandsaufnahme der Positionen, Meinungen, Problemfelder. Leider ist nicht das gesamte Material übernommen worden, daher erscheint es zumindest fraglich, inwieweit ein treues Bild des Meinungsspektrums vermittelt wird. Was aus den achtzehn hier veröffentlichten Stellungnahmen sichtbar wird, ist das Fehlen eindeutiger Beurteilungskriterien, einer Abgrenzung des Problemfeldes. Der Leser steht vor einem Wust von Informationsbrocken, subjektiven Standpunkten, die sich gelegentlich bis ins Emotionale, ja Leidenschaftliche, steigern: vor Verwirrung und Verirrung angesichts der Frage, ob die Juden eine Nation, eine religiöse Gemeinschaft, eine nationale Minderheit, ein Fremdkörper im Nationalstaat seien.

Erik Molnár läßt sich 1946 in seiner marxistisch-propagandistischen Analyse über die Judenfrage in Ungarn nicht irreführen. In seiner vereinfachenden Sicht ist der Antisemitismus ein Problem des Kapitalismus, der Sieg der sozialistischen Demokratie bringt automatisch auch die Lösung der Judenfrage mit sich.

István Bibó ist weitaus weniger optimistisch in seiner 1948 veröffentlichten, großangelegten Studie »Die Judenfrage in Ungarn nach 1944«, wenn auch er die Demokratie als Lösung der Judenfrage ernsthaft in Erwägung zieht. Er unternimmt eine systematische Analyse der historischen, kulturellen und geistesgeschichtlichen Entwicklung des Verhältnisses der Juden und der Ungarn, um anschließend die Ereignisse der Kriegsjahre und der unmittelbar darauf folgenden Zeit zu untersuchen. Er verbindet erfolgreich moralische und psychologische Argumente mit sozialen und historisch-politischen. Er versucht es mit bewunderungswerter Konsequenz und Objektivität, dem Problem aus allen Gesichtspunkten gerecht zu werden. Die saubere wissenschaftliche Methodik, die klare Argumentation verbinden sich mit einer unbeugsamen Menschlichkeit, beispielsetzend, ohne den unangenehmen Beigeschmack des erhobenen didaktischen Zeigefingers.

Diese gründliche Arbeit hätte auf die weitere Entwicklung in der methodisch-wissenschaftlichen Behandlung der Judenfrage äußerst anregend wirken können. Dem ist jedoch nicht so. Es folgten Jahrzehnte des Schweigens, ja der Tabuisierung der Judenfrage überhaupt, bis 1975 György Szárász in einem Artikel, der später auch in Buchform erschienen ist (*Egy előítélet nyomában* [Auf den Spuren eines Vorurteils], 1976), sich wieder an das Thema heranwagt. Grundsätzlich Neues vermag er in der Analyse der Judenproblematik nicht zu leisten, sein Verdienst ist es jedoch, die Frage wieder an die Öffentlichkeit gebracht zu haben und Bibós Ergebnisse in einer publizistischen Sprache allgemein zugänglich gemacht zu haben.

Peter Hanák ist der einzige unter den Autoren, der eine kühle, emotionslose Analyse auf den Tisch legt. Seine Studie, betitelt »Der unabgeschlossene Prozeß«, befaßt sich mit der Assimilation der Juden in der österreichischen bzw. ungarisch-österreichischen Monarchie des 19. Jhs., ein Prozeß, der mit dem ersten Weltkrieg plötzlich abbricht. Auf die Gründe dieser Wende geht Hanák nicht mehr ein, er skizziert sie lediglich und schließt mit einer Aufforderung zur weiteren Diskussion, die den Versöhnungs-Prozeß der Juden gegen die Nichtjuden zu einer für beide Parteien akzeptablen Lösung näherbringen könnte. Daß dies kein leichtes Unterfangen sein wird, läßt seine Fest-

stellung erahnen: »Im ausgehenden zwanzigsten Jahrhundert kann man den Prozeß kaum mit einer einstimmigen Abstimmung entscheiden.«

Es ist auch keine eindeutige und endgültige Entscheidung notwendig. Vielmehr sollen Tatsachen ans Licht gebracht werden. Dieses Buch ist ein guter Ausgangspunkt zur weiteren Diskussion über die Judenfrage der Gegenwart.

Judit Szász

München

UNGARN SEIT 1945

RGW-Integration und Südosteuropa. Hrsg. von Roland Schönfeld. München: Oldenbourg 1984. 298 S. = Untersuchungen zur Gegenwartskunde Südosteuropas 24.

Der Sammelband enthält 15 Beiträge über die Beziehungen der südosteuropäischen Länder zum RGW. Berücksichtigt wurden nicht nur deren Mitglieder, sondern auch Jugoslawien. In der Einleitung setzt sich Schönfeld mit der Geschichte des am 18. Januar 1948 auf Betreiben der Sowjet-Union ins Leben gerufenen RGW auseinander. Er sollte ein Instrument sowohl der wirtschaftlichen Integration der neu geschaffenen kommunistischen Welt wie auch der Durchsetzung politischer Ziele der SU in Osteuropa werden. Trotz aller sowjetischen Bemühungen wollten die osteuropäischen Staaten nicht auf die von ihnen schon seit Anfang des Jhs. angestrebte wirtschaftliche Autarkie verzichten. Sie ließen sich in den engen Rahmen einer »internationalen sozialistischen Arbeitsteilung« einpressen.

Neben den einzelnen Ländern gewidmeten Beiträgen setzen eine Reihe von weiteren Arbeiten neue Akzente hinsichtlich übernationaler Synthesen, so Franz-Lothar Altmann, Die Koordinierung der Volkswirtschaftspläne der RGW-Mitgliedsländer; Herman Clement, Preisbildung im Intra-RGW-Handel. Ein Überblick; Andreas Wass von Czege, Spezialisierung und Kooperation im RGW. Interaktionsstruktur und Verhaltensmuster; usw. Kathrin Sitzler behandelt »den RGW aus ungarischer Sicht« (S. 129–141). Sie analysiert die Zurückhaltung der ungarischen Regierung und Parteiführung gegenüber dem RGW in den letzten Jahren. Diese Haltung wird in zwei Richtungen manifest: die eine ist die traditionelle Wiederholung der Bedeutung des RGW, die andere die Übernahme einer Reihe kritischer wissenschaftlicher Analysen zur RGW-Integration. Die Analyse Sitzlers stützt sich auf die Arbeiten von Nationalökonomern wie Jozsef Fáy und Reszó Nyers, die aufgrund ihrer wissenschaftlichen wie auch ihrer politischen Stellung als repräsentativ gelten können. Beide sind sowohl im Osten als auch im Westen international anerkannte Spezialisten.

Die ungarische Wirtschaft muß sich, laut ZK-Sekretär Ferenc Havasis, seit der Mitte der 70er Jahre mit zwei Fragenkomplexen auseinandersetzen: mit der Veränderung der Weltwirtschaft und mit »Schwierigkeiten des Übergangs der Volkswirtschaften der sozialistischen Länder zur intensiven Entwicklungsphase«. Die Wichtigkeit des Wachstumsfaktors Außenwirtschaft für die gesamte ungarische Ökonomie macht dieses Land besonders empfindlich für die Schwankungen der Weltwirtschaft. In der zweiten Hälfte der 70er Jahre sanken die wirtschaftlichen Beziehungen Ungarns zu seinen